

Mainz, 09.09.2026

Antrag 1447/2026/1 zur Sitzung am 09.09.2026

**Ergänzungsantrag: gem. Antrag: Umsetzung des Schulentwicklungsplans:
Planung und Bau einer Grundschule im Mainzer Süden (DIE GRÜNEN, CDU, SPD)**

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Beschlusstext wird um folgende Absätze ergänzt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die notwendigen vorbereitenden Planungen für die Gründung und Errichtung eines weiteren Gymnasiums aufzunehmen. Ziel ist es, die zusätzlichen gymnasialen Schulplätze spätestens ab dem Schuljahr 2030/31 zur Verfügung zu stellen.
2. Hierzu sind insbesondere
 - der voraussichtliche Bedarf und die erforderliche Zügigkeit,
 - mögliche Standorte und Grundstücke,
 - das pädagogische und räumliche Konzept,
 - die erforderlichen Abstimmungen mit dem Land Rheinland-Pfalz, der Gebäudewirtschaft Mainz und den weiteren beteiligten Stellen,
 - die planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen,
 - die Belange der Nachbarschaft,
 - die voraussichtlichen Investitions- und Folgekosten sowie mögliche Fördermittel und
 - ein belastbarer Zeit- und Realisierungsplanzu ermitteln und dem Stadtrat vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz zu prüfen, wie dem anhaltend hohen Elternwunsch nach zusätzlichen Schulplätzen an Integrierten Gesamtschulen entsprochen werden kann. Dabei ist insbesondere die Gründung und Errichtung einer weiteren IGS zu untersuchen.
4. In die Prüfung sollen mögliche Standorte, die erforderliche Zügigkeit, schulorganisatorische Voraussetzungen sowie gegebenenfalls die Weiterentwicklung eines be-

stehenden Schulstandortes einbezogen werden. Ziel ist es, frühzeitig die Voraussetzungen für zusätzliche IGS-Schulplätze zu schaffen.

5. Den zuständigen Gremien, insbesondere dem Schulträgerausschuss, dem Werkausschuss der Gebäudewirtschaft Mainz und dem Stadtrat, ist fortlaufend über den Stand der Planungen und der Abstimmungen mit dem Land zu berichten.

Begründung:

Der gemeinsame Antrag von Grünen, CDU und SPD greift mit der Planung einer weiteren Grundschule im Mainzer Süden eine wichtige Empfehlung des Schulentwicklungsplans auf. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des Schulentwicklungsplans gehen jedoch deutlich darüber hinaus.

Für die weiterführenden Schulen stellt der Schulentwicklungsplan fest:

„Die Gymnasien sind überlastet.“

Zudem wird ausgeführt, dass viele Gymnasien bereits die Grenzen ihrer noch zu bewältigenden Zügigkeit überschreiten. Die Nachfrage konzentrierte sich stark auf die öffentlichen Gymnasien und verschärfe die bestehenden Engpässe. Ohne neue Kapazitäten beziehungsweise ein weiteres Angebot könne möglicherweise keine ausreichende Versorgung mehr sichergestellt werden. Der Schulentwicklungsplan kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass die Gründung eines weiteren Gymnasiums mittelfristig unumgänglich sei. Als zentrale Handlungsempfehlung nennt er ausdrücklich die „Gründung eines weiteren Gymnasiums ab dem Schuljahr 2030/31“. [Schulentwicklungsplan der Landeshauptstadt Mainz 2025, S. 270–277](#)

Damit ein weiteres Gymnasium ab dem Schuljahr 2030/31 tatsächlich zur Verfügung stehen kann, muss die Stadt unverzüglich in die konkrete Planung einsteigen. Bereits die Suche und Sicherung eines geeigneten Grundstücks, die Abstimmung mit dem Land und den beteiligten städtischen Stellen sowie die Klärung der schulorganisatorischen, finanziellen, planungsrechtlichen und nachbarschaftlichen Fragen können mehrere Jahre beanspruchen. Erst anschließend können die eigentliche baurechtliche Planung und die Umsetzung erfolgen. Ein weiteres Abwarten würde daher die rechtzeitige Bereitstellung der benötigten Schulplätze gefährden.

Auch hinsichtlich der Integrierten Gesamtschulen beschreibt der Schulentwicklungsplan einen eindeutigen Handlungsbedarf. Rund 30 Prozent der Eltern entscheiden sich – soweit es die begrenzten Kapazitäten zulassen – für eine IGS. Die bestehenden Integrierten Gesamtschulen seien vollständig ausgelastet; trotz steigender Übergangszahlen bleibe die

Zahl der Plätze unverändert. Der Schulentwicklungsplan bezeichnet die Einrichtung einer weiteren IGS daher als dringend erforderlich und empfiehlt ausdrücklich:

„Gemeinsam mit dem Land ist zu prüfen, wie dem anhaltend hohen Elternwunsch nach weiteren IGS-Schulplätzen entsprochen werden kann.“

Der Elternwille ist ein wesentlicher Maßstab einer verantwortungsvollen Schulentwicklungsplanung. Die Stadt Mainz muss deshalb nicht nur auf den zusätzlichen Bedarf im Grundschulbereich reagieren, sondern ebenso rechtzeitig ausreichende Kapazitäten an Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen schaffen. Der vorliegende Ergänzungsantrag überführt die entsprechenden Empfehlungen des Schulentwicklungsplans in konkrete Planungsaufträge.

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende